

Klimaziel bleibt bei einer Reduktion der Treibhausgase um 50 Prozent – trotz Schwenk der FDP **SEITE 15**

Fasten ist für Demente der einzige Weg in den Freitod – die Alzheimervereinigung unterstützt ihn nicht mehr **SEITE 17**

Im Windschatten der Nato

Mit dem Besuch von Jens Stoltenberg ist die Frage nach einer massiven Erhöhung der Schweizer Militärausgaben virulent geworden

MARC TRIBELHORN

Ein gutes Vierteljahrhundert nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die Angst zurück. Die Welt sei so unsicher wie lange nicht mehr, heisst es spätestens seit der Krim-Annexion. In vielen Ländern ertönt wieder die Forderung nach militärischer Aufrüstung. In der Nato ist die Debatte über die Verteidigungsausgaben in vollem Gang, nicht zuletzt seit US-Präsident Trump von den Bündnispartnern ein stärkeres Engagement verlangt hat. Bereits 2014 war als Ziel vereinbart worden, dass jedes Mitglied innert eines Jahrzehnts den Militäretat auf mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigern. Laut dem Internationalen Institut für Strategische Studien haben 2016 aber lediglich die USA, Estland und Griechenland diese Marke erreicht. Passend zum Besuch des Nato-Generalsekretärs Jens Stoltenberg (siehe Zusatz) ist nun das Thema auch in die Schweiz geschwappt.

Komplexe Vollkostenrechnung

Der FDP-Nationalrat Thierry Burkart ist überzeugt, dass hierzulande «mittel- und langfristig» deutlich mehr für die Verteidigung ausgegeben werden müsse als die gegenwärtig 5 Milliarden Franken oder 0,8 Prozent des BIP. Auch als neutraler Staat habe die Schweiz ihren Beitrag für Frieden und Sicherheit in Europa zu leisten und dürfe nicht allein auf den Schutz der Nato bauen, sagt der Aargauer. Mit einem Vorstoss, den er in der Frühjahrssession eingereicht hat, will Burkart vom Bundesrat wissen, «ob und in welchem Zeitraum die Schweiz das für die Nato-Mitgliedstaaten gültige Ziel, 2 Prozent des BIP für die Verteidigung aufzuwenden, erreichen will».

Das sorgt für Aufregung: «Damit stellt er eine 13-Milliarden-Franken-Armee zur Debatte!», schrieb der «Blick» postwendend. Burkarts grüner Ratskollege Balthasar Glättli nannte den Vorstoss «absoluten Unsinn». Und der SP-Altmeister Peter Bodenmann frozelte in der «Weltwoche»: «Thierry kann nicht rechnen.» Erhebe man alle Kosten für Militär und Zivilschutz, so gebe die Schweiz schon jetzt 10 Milliarden Franken oder rund 1,6 Prozent des BIP aus.

Tatsächlich fallen die Verteidigungsausgaben der Schweiz deutlich höher aus als in der Bundesstatistik ausgewiesen. Zu den Vollkosten zählen nämlich auch die Ausgaben der Militärversicherung,



Bundesrat Burkhalter (Mitte) begrüsst Nato-Generalsekretär Stoltenberg, ganz rechts Verteidigungsminister Parmelin. KEYSTONE

Die Schweiz will mit der Nato für Cyber-Sicherheit kämpfen

maa. · Erstmals seit gut vier Jahren hat am Mittwochabend und Donnerstag ein Nato-Generalsekretär die Schweiz besucht. Die Visite von Jens Stoltenberg fällt in eine Zeit, in der das atlantische Bündnis in besonderer Weise exponiert ist – seit der Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten gehen vom wichtigsten Mitglied sehr gemischte Signale hinsichtlich der Bündnistreue aus.

Stoltenberg wurde von Verteidigungsminister Guy Parmelin und von Aussenminister Didier Burkhalter auf dem Landsitz Lohn bei Kehrsatz empfangen. Zuvor hatte er Bundespräsidentin Doris Leuthard zu einem Austausch getroffen. Später trat der frühere norwegische Regierungschef am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik auf und traf Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Ein zentrales Thema der Gespräche mit der Schweiz war die

Sicherheit im Cyber-Raum: Angesichts zunehmender Bedrohung durch staatliche Akteure hätten beide Seiten die Bedeutung der internationalen Kooperation betont, heisst es in einer Mitteilung. Die Bundesräte informierten Stoltenberg über die Absicht der Schweiz, Partnerstaat des Nato-Cyberzentrums im estnischen Tallinn zu werden.

Parmelin und Burkhalter verdeutlichten gegenüber Stoltenberg zudem die Beiträge für Frieden und Sicherheit, welche die Schweiz leistet. Seit 1996 nimmt sie am Nato-Programm «Partnerschaft für den Frieden» teil, das ihr erlaubt, sich punktuell zu engagieren. Zudem trägt die Schweiz mit dem Swisscoy-Einsatz in Kosovo zur Stabilisierung des Westbalkans bei. Im November entschied der Bundesrat, dass der Einsatz bis 2020 verlängert werden soll. Dazu muss sich noch das Parlament äussern.

Es wäre denn auch unfair, die Schweiz als Trittbrettfahrerin der Nato zu bezeichnen, obschon sie von dieser profitiere, erklärt Christian Nünlist vom Center for Security Studies der ETH Zürich auf Anfrage. «Die Schweiz liefert ihren Beitrag, wenn auch selektiv», sagt er. Dass ein Beitritt zum Bündnis für die neutrale Schweiz ausgeschlossen sei, werde anerkannt. Allerdings besteht laut Nünlist die Gefahr, dass die Schweiz ins Abseits gerate, weil sich Länder wie Schweden, Finnland und auch Österreich der Nato annäherten. Zusammen mit weiteren bündnisfreien westeuropäischen Staaten bildet die Schweiz eine informelle Partnergruppe der Nato, die WEP-5, die für die Schweiz ein wichtiger Kommunikationskanal sei, aber an Bedeutung eingebüsst habe. Schweden und Finnland etwa werde unterdessen ein exklusiverer Kanal zur Nato gewährt.

die Kosten in den Kantonen und Gemeinden sowie der staatlich garantierte Erwerbsersatz und die Lohnfortzahlungen der Arbeitgeber. Die Berechnung ist jedoch komplex. Gemäss der volkswirtschaftlichen Analyse «Die Bedeutung der Armee für die Schweiz» betragen diese staatlichen und privaten Zusatzausgaben für das Jahr 2011 rund 2 Milliarden Franken – bei einem ordentlichen Militärbudget von 4,3 Milliarden. Der Vergleich mit den Verteidigungsbudgets der Nato-Staaten mit ihren Berufsheeren und zum Teil teuren Seestreitkräften taugt also nur sehr bedingt.

Tücken des Vergleichs

Generell hat eine Orientierung der Ausgaben am BIP ihre Tücken: Eine gut ausgerüstete und schlagkräftige kleine Armee sorgt bekanntlich für mehr Sicherheit als eine grosse ineffiziente. Der Vergleich sagt zudem noch nichts über die absolute Höhe des Militärbudgets aus. So ist die Tatsache, dass der prozentuale Anteil der Militärausgaben am BIP im Verhältnis zu den Nato-Staaten geringer ausfällt, auch eine Folge der vergleichsweise sehr hohen Wirtschaftsleistung der Schweiz. Und überhaupt ergibt die fixe Koppelung von Militärausgaben und BIP nur wenig Sinn: Zuerst sollte ja der Auftrag und dann der Kostenrahmen definiert werden. Zu diesen Schlüssen kamen auch die eidgenössischen Räte, als sie sich Ende 2015 mit einer Standesinitiative des Kantons Bern beschäftigten, die verlangte, die Militärausgaben sollten während der Dauer von 10 Jahren 1,2 Prozent des BIP betragen. Im National- wie im Ständerat hatte die Initiative keine Chance.

In einem Punkt hat Thierry Burkart aber unbestritten recht: Die Schweiz hat früher prozentual viel mehr für die Landesverteidigung ausgegeben. Gemäss den Zahlen des Internationalen Friedensforschungsinstituts Sipri betrug das Armeebudget am Ende des Kalten Krieges noch 1,6 und im Jahr 2000 1,0 Prozent des BIP. Nur, politisch ist derzeit eine Aufstockung um mehrere Milliarden Franken schlicht nicht mehrheitsfähig. Laut einer Befragung der ETH befrworteten dies auch lediglich 14 Prozent der Bevölkerung. Oder in den Worten des Verteidigungsministers: «Wenn ich morgen vor dem Bundesrat eine Erhöhung auf 2 Prozent verlangen würde, würden alle die Augen verdrehen und sagen, Parmelin sei verrückt.»

Die Allianz zwischen SP und CVP hält

Ständeratskommission rückt bei der Rentenreform nicht von ihren früheren Beschlüssen ab

For. Bern · Das mehrmalige Verschieben der Medienkonferenz am Donnerstag hatte Erwartungen geweckt. Finden die Mitglieder der vorberatenden Kommission des Ständerats doch noch einen Weg, um sich mit dem Nationalrat zu verständigen? Der Durchbruch ist ausgeblieben. Die Kommission hält weitgehend an ihren Positionen fest. Die Renteneinbussen in der zweiten Säule werden teilweise mit dem AHV-Zuschlag von 70 Franken kompensiert. Die Mehrwertsteuer steigt um 1 Prozent, um die finanzielle Schiefelage der ersten Säule auszugleichen. Die vom Nationalrat in die Vorlage eingebaute Stabilisierungsregel lehnt die Kommission einstimmig ab. Keine Chancen hatten Anträge von FDP und SVP, die eine Brücke zum Nationalrat bauen wollten.

In zwei wenig umstrittenen Nebensachen kam die Kommission dem

Nationalrat entgegen. Zum einen will sie den Sparprozess in der zweiten Säule erst mit 25 statt 21 Jahren beginnen. Zum anderen erhöht sie die Übergangsgeneration von 15 auf 20 Jahre. Diese Jahrgänge profitieren von einer Besitzstandswahrung. Das heisst, für sie gibt es keine Renteneinbussen im obligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge.

Von einer Kasse zur nächsten

Beide Entscheide führen dazu, dass die Kosten des ständerätlichen Kompensationsmodells um 250 Millionen Franken sinken. Was die Übergangsgeneration anbelangt, handelt es sich einfach um eine Verschiebung der Kosten in eine andere Kasse. Den Rentenausgleich für die Übergangsgeneration zahlen die Pensionskassen via Sicherheitsfonds. Damit ist die Variante Ständerat noch

450 Millionen Franken pro Jahr teurer als das Nationalratsmodell. Wird der von der grossen Kammer beschlossene AHV-Vorbezug für tiefe Einkommen ebenfalls zu den Kosten gerechnet, beträgt die Differenz zwischen den beiden Modellen noch 150 Millionen Franken.

Mit diesen Änderungen habe die Kommission die Vorlage für die Schlussphase fitter gemacht, sagte Kommissionspräsident Konrad Graber (Luzern, cvp.). Es sei aber noch ein weiter Weg, bis das Geschäft unter Dach und Fach sei.

Wie bereits Sozialminister Alain Berset diese Woche im Nationalrat betonte auch Graber, dass der AHV-Fonds mit der Ständeratsvariante per 2030 um 15 Milliarden Franken besser dastehe als beim Nationalratsmodell. Diese Argumentation lässt aber ausser acht, dass der AHV-Zuschlag von 70 Franken und die Erhöhung des Ehepaar-Renten-Ma-

ximums nur bis 2030 finanziert sind. Danach tragen sie zum strukturellen Defizit der AHV bei.

Gespannt auf Reaktion der SP

Unterlegen ist Alex Kuprecht (Schwyz, svp.) mit seinem Antrag, die für den AHV-Zuschlag eingesetzten 1,1 Milliarden Franken zur Verbesserung der AHV-Renten von tiefen und mittleren Einkommen einzusetzen. Dadurch würde die Minimalrente um 450 Franken auf 1625 Franken steigen. Profitieren würden – in abnehmender Höhe – Einkommen bis 42 000 Franken. Er sei gespannt, mit welchen Argumenten die SP die Besserstellung der tiefen Einkommen ablehnen werde, sagte Kuprecht.

Angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse dürfte der Ständerat am nächsten Dienstag seiner Kommission folgen.

ANZEIGE

«Lebensfreude ist keine Altersfrage.»

